



Antrag

der Abgeordneten **Martin Hagen, Christoph Skutella, Julika Sandt, Alexander Muthmann, Matthias Fischbach** und **Fraktion (FDP)**

Ökosystemleistung des Waldes honorieren – Forstwirtschaft in den Emissionshandel integrieren – Anerkennung von Klimaschutzleistungen in Forstbetrieben

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, auf Bundes- und Europaebene darauf hinzuwirken, dass

- eine CO₂-Bindungsprämie für Forstbetriebe und Waldbesitzer – finanziert aus den Einnahmen des Energie- und Klimafonds – eingeführt wird, um die Klimafunktion des Waldes angemessen zu vergüten, bis die Forstwirtschaft in Emissionshandel integriert ist,
- die Integration der Forstwirtschaft in das nationale Emissionshandelssystem (nEHS) geprüft und zeitnah in die Wege geleitet wird,
- die Integration der Forstwirtschaft in den EU-Emissionshandel (EU-ETS) geprüft und zeitnah in die Wege geleitet wird.

Begründung:

Der Forst- und Holzsektor nimmt in der Klimaschutzdiskussion eine Sonderstellung ein, weil er in Deutschland die wichtigste Treibhausgassenke darstellt. Ohne die Forstwirtschaft und Holzverwendung wären die jährlichen nationalen THG-Emissionen etwa 14 Prozent höher. Der Wald und sein Rohstoff Holz sind ein bedeutender CO₂-Speicher, honoriert wird diese Klimaschutzleistung bislang aber nicht. Dabei gehen vom Sektor Forst und Wald keine Netto-Emissionen aus, ganz im Gegenteil, Emissionen werden gebunden. Diese CO₂-Speicherleistung des Waldes muss als Ökosystemleistung anerkannt und honoriert werden. Der Bayerische Staatswald bindet durchschnittlich knapp 11 Tonnen CO₂ pro Hektar und Jahr.

Bis die Integration der Forstwirtschaft in den Zertifikatehandel abgeschlossen ist, können die Klimaschutzleistungen des Waldes durch die Einführung einer CO₂-Bindungsprämie für kommunale und private Waldbesitzer, anerkannt werden. Neben der Arbeitsgemeinschaft der Waldeigentümer (AGDW) fordert auch der wissenschaftliche Beirat Waldpolitik eine Honorierung der Klimaschutzleistungen des Waldes in Form einer CO₂-Bindungsprämie. Auch im Beschlusspapier „Klimaeffizientes Deutschland – mit Innovationen in die Zukunft“ der CDU vom September 2019 wurde die Prüfung einer CO₂-Bindungsprämie für Waldbesitzer angekündigt. Zuletzt war die Rede von einer sogenannten „Klimaprämie“ für Waldbesitzer bei der Agrarministerkonferenz im September 2020.

Jetzt geht es darum diese Ankündigungen konkret zu definieren und umzusetzen.

Mit 55 Prozent der Waldfläche in der Hand von rund 700 000 Privatwaldbesitzern und etwa 13 Prozent der in kommunaler Hand ist ein Großteil des Waldes in Bayern in nicht-öffentlicher Hand.

Neben der Anerkennung der CO₂-Speicherleistung des Waldes als Ökosystemleistung sollen private und kommunale Waldbesitzer eine CO₂-Bindungsprämie als Kompensation für Mindererlöse im Holzverkauf und Anreiz zum Aufforsten erhalten. Diese Honorierung der Kohlendioxid-Senkenleistung soll aus den Einnahmen des Energie- und Klimafonds generiert werden. Im nationalen Emissionshandel (nEHS) werden ab 2021 neben den Treibhausgasen aus den Sektoren Energie und Industrie auch die Emissionen aus den Bereichen Gebäude und Verkehr erfasst – die daraus entstehenden Einnahmen, die in den Energie- und Klimafonds fließen, können als CO₂-Bindungsprämie den privaten und kommunalen Waldbesitzer zugute kommen.

Das nEHS startet 2021 mit einem Festpreissystem. Bund und Länder einigten sich im Vermittlungsausschuss darauf, den CO₂-Preis ab Januar 2021 auf zunächst 25 Euro festzulegen. Danach soll der Preis schrittweise bis zu 55 Euro im Jahr 2025 ansteigen. Für das Jahr 2026 soll ein Preiskorridor von mindestens 55 Euro und höchstens 65 Euro gelten. Bei einer durchschnittlichen Zuwachsleistung von 5 Tonnen CO₂ pro Hektar und Jahr und einer angenommenen Abgabe von 25 Euro pro Tonne CO₂ erhält man eine potenzielle Honorierung der Ökosystemleistung des Waldes von 125 Euro pro Jahr und Hektar.

Am Beispiel Neuseeland sieht man, dass die Einbeziehung der Forstwirtschaft in den CO₂-Zertifikate-Handel funktioniert. Dort gibt es seit 2008 die sogenannte „carbon forestry“. Große Emittenten wie die Betreiber von Kohlekraftwerken und Stahlhütten sind dazu verpflichtet, für ihren CO₂-Ausstoß Emissionszertifikate zu erwerben. Gleichzeitig werden Forstwirtschaftsbetriebe belohnt – sie erhalten vom Staat für ihre Wälder CO₂-Zertifikate zugeteilt. Die können sie am Markt verkaufen und erhalten dadurch eine zusätzliche Einnahmequelle neben dem Holzverkauf.